



Flossbach von Storch  
RESEARCH INSTITUTE

WIRTSCHAFT & POLITIK 23/06/2026

# **10 Jahre nach dem Brexit-Votum und kein Ende der politischen Krise**

von SVEN EBERT & GUNTHER SCHNABL

## Zusammenfassung

Zehn Jahre nach dem Brexit-Votum bleibt die Unzufriedenheit im Vereinigten Königreich hoch. Doch die Ursachen liegen tiefer: Der Brexit war eher Folge als Ursache wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Probleme. Es braucht Reformen, für die die gewonnene Souveränität ein Vorteil sein kann.

## Abstract

Ten years after the Brexit vote, dissatisfaction remains high in the United Kingdom. Yet the root causes run deeper: Brexit was more a consequence than a cause of economic and social problems. Reforms are needed, and the sovereignty gained can be an asset in this regard.



## 1. 10 Jahre nach dem Brexit-Votum herrscht Katzenjammer

10 Jahre nach dem Brexit-Votum ist im Vereinigten Königreich die wirtschaftliche und politische Bilanz umstritten. Am 22.6.2026 verkündete der britische Premierminister Keir Starmer seinen Rücktritt, da seine Labour-Partei nach einem beindruckenden Wahlsieg gegen die Tories im Juli 2024 rasant an Zustimmung verloren hat. Bald wird das Land – wohl mit Andy Burnham – seinen 7. Premierminister innerhalb von 10 Jahren haben. Der Brexit, für den am 23.6.2016 51,9 Prozent der Briten stimmten, wird von vielen als Kern des Problems gesehen. Eine wissenschaftliche Studie aus dem Jahr 2025 hat geschätzt, dass der Brexit die Beschäftigung um drei bis vier Prozent und das Sozialprodukt um sechs bis acht Prozent gesenkt hat ([Bloom et al. 2025](#)). Bei [t-online](#) ist über Starmer zu lesen.: „*Gescheitert ist er jedoch genauso wie seine Vorgänger in erster Linie an den Folgen des Brexits.*“

Die Wurzeln der EU-Skepsis reichen weit zurück. Als in den 1950er-Jahren Frankreich und Deutschland den europäischen Integrationsprozess vorantrieben, wollte das Vereinigte Königreich zunächst seine wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit bewahren. Erst als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine große Wachstumsdynamik entwickelte (und Frankreich seinen Widerstand aufgegeben hatte), trat das Vereinigte Königreich 1973 der Europäischen Gemeinschaft bei. Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990) trieb die Vollendung des Binnenmarkts voran, lehnte aber eine europäische Zentralregierung, eine gemeinsame Währung und eine weitere Verlagerung nationaler Kompetenzen nach Brüssel entschieden ab.

Wo steht das Vereinigte Königreich 10 Jahre nach dem Brexit? Nach Schatzkanzlerin Rachel Reeves habe der Brexit das Land viel Wachstum gekostet. Die hohe Verzinsung britischer Staatsleihen im Vergleich zu anderen EU-Ländern zeigt, dass der Alleingang Kosten hat. Nur noch 30 Prozent der Briten halten den Brexit heute noch für richtig. 57 Prozent würde heute bleiben ([Kommer et al. 2026](#)). Aber ernsthafte Forderungen für eine Rückkehr in die EU gibt es auch nicht. Vielmehr gewinnt die Partei Reform UK an Kraft, die die Nachfolgeorganisation der Brexit Party ist. Ihr Führer Nigel Farage setzt auf mehr nationale Souveränität sowie Distanz zu internationalen Institutionen, einschließlich der EU. Erst 2020 hat das Land die EU endgültig verlassen. Wie ist der Brexit heute zu bewerten?

## 2. Die ursprünglichen Beweggründe für den Brexit

Als langjähriger Vorsitzender der damaligen UK Independence Party (UKIP) war Nigel Farage einer der bekanntesten Verfechter des EU-Austritts, der maßgeblich dazu beitrug, dass das Brexit-Referendum 2016 überhaupt zustande kam. Die Initiatoren innerhalb der konservativen Partei wollten mit dem Brexit die politische Entscheidungsgewalt von der EU und dem Europäischen Gerichtshof zurückgewinnen. Der britische Finanzmarkt fühlte sich durch eine von Frankreich ausgehende immer striktere Finanzmarktregulierung bedroht ([Vaubel 2019](#)). Viele wollten die

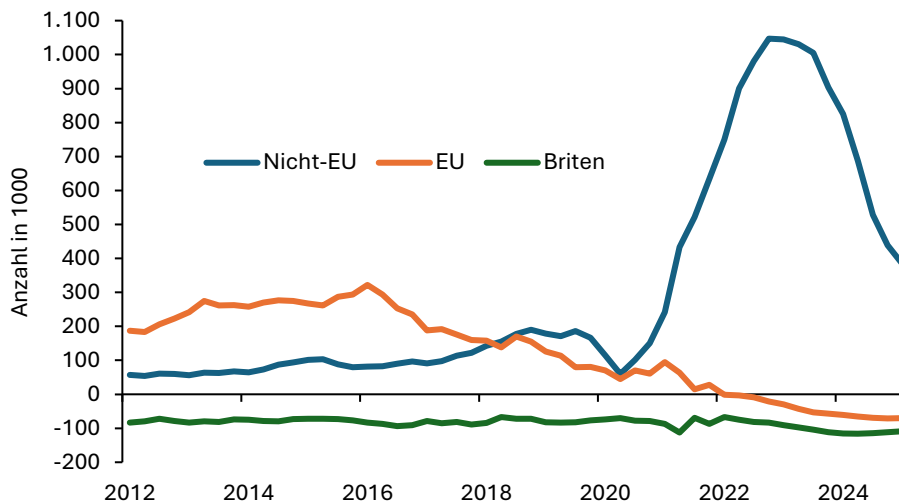


Einwanderung aus der EU bremsen, weil sie ihrer Meinung nach auf das Lohnniveau drückte und den Wohnungsmarkt belastete. Die hohen Nettozahlungen an die EU könnten im Vereinigten Königreich eine bessere Verwendung finden, hieß es.

Die Remainers hatten hingegen vor sinkendem Wachstum bei einer Abkopplung vom europäischen Binnenmarkt gewarnt ([Perri 2019](#)). Handel und wirtschaftliche Integration schaffen bekannterweise mehr Wohlstand. Die Zuwanderung aus der EU stelle unentbehrliche Arbeitskräfte für das Gesundheitssystem, die Bauindustrie und den Dienstleistungssektor bereit. Zusammen mit anderen EU-Ländern habe das Vereinigte Königreich eine stärkere globale Strahlkraft. Denn die EU verhandelt als Wirtschaftsraum mit rund 450 Millionen Menschen, gegenüber den USA oder China hat sie dadurch mehr Verhandlungsmacht.

Jenseits der Argumente entwickelte sich die Brexit-Abstimmung zu einer Abrechnung mit dem Establishment. In gut situierten Regionen wie London, Universitätsstädten und Südengland konnte „Remain“ zwar punkten. Doch vielerorts wurde die starke Zuwanderung aus Osteuropa mit knappem Wohnraum, einer sinkenden Kaufkraft der Löhne und einer dysfunktionalen Infrastruktur in Verbindung gebracht. „Leave“ war stark in Regionen, wo man das Gefühl hatte, dass sie von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte nicht profitiert hatten. Das galt für Nord- und Mittelengland, viele Küstenregionen, ländliche Gebiete sowie ehemalige Industriezentren in England und Wales.

**Abb. 1: Nettozuwanderung in das Vereinigte Königreich nach Herkunft**



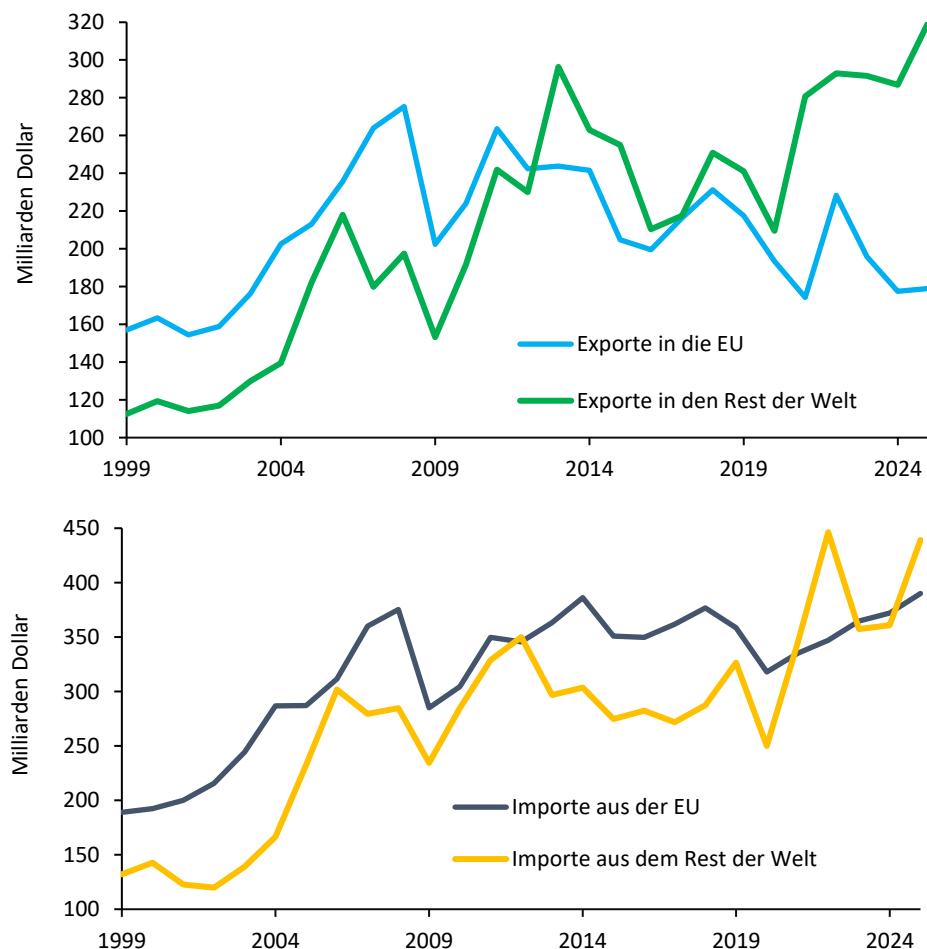
Quelle: UK, Office for National Statistics (2025).



### 3. Erfüllte und enttäuschte Hoffnungen und Befürchtungen

Haben sich die Hoffnungen erfüllt und sind die Befürchtungen eingetreten? Wie vom „Leave“-Lager versprochen, hat die Nettozuwanderung aus der EU immer weiter abgenommen und war ab 2023 sogar negativ (Abb. 1). Doch in der Coronakrise wurde die Beschäftigung im Gesundheitssektor stark ausgeweitet, was zusammen mit einem neuen Punktesystem die Zuwanderung aus Drittländern wie [Indien](#), [China und Pakistan](#) immens beschleunigt hat. Die Dimension der Zuwanderung aus Drittländern überstieg bei Weitem die bisherige Zuwanderung aus der EU. Erst als die britische Regierung ab 2023 die Zuwanderungsregeln für Arbeitskräfte verschärfte, ging der Zuzug aus Nicht-EU-Ländern wieder zurück, liegt aber immer noch über dem Niveau der Zuwanderung aus der EU zur Zeit des Brexit-Votums.

Abb. 2: Entwicklung des Warenhandels des Vereinigten Königreichs



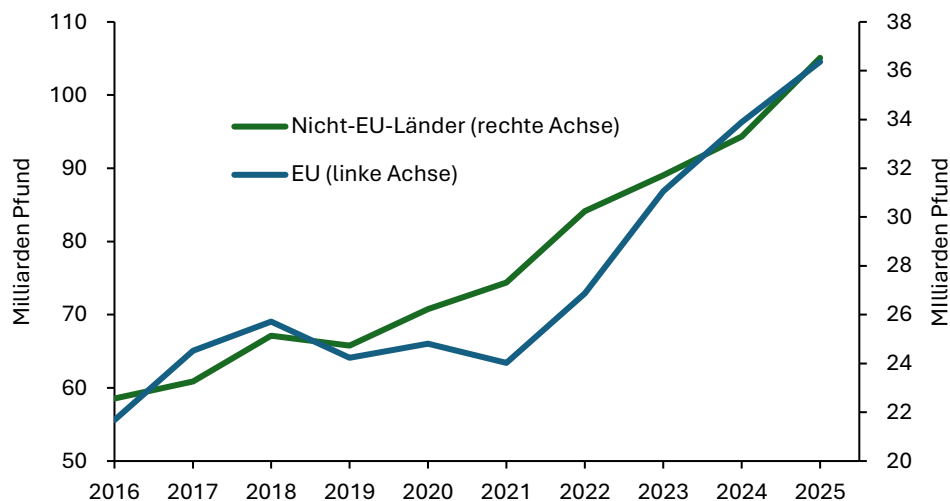
Quelle: IWF.



Der Warenexport in die EU hat – wie von den Remainers befürchtet – gelitten, da sich der bürokratische Aufwand stark erhöht hat. Das hat vor allem kleine und mittlere Unternehmen getroffen. Schätzungsweise 16.000, vor allem kleine Unternehmen sollen sich seit dem Brexit aus dem Handel mit der EU zurückgezogen haben. Doch die Warenexporte in die EU gingen bereits seit 2008 zurück, während der Rest der Welt – wie von „Leave“ argumentiert – stark an Bedeutung gewonnen hat (Abb. 2, oben). Dafür könnte verantwortlich sein, dass die EU immer weniger wächst. Die Importe des Vereinigten Königreichs sind nicht nur aus dem Rest der Welt gestiegen, sondern auch aus der EU (Abb. 2, unten).

Im Jahr 2020 hat die EU die Taxonomie beschlossen. Diese sieht vor, dass alle Investitionsprojekte nach Umwelt- und Klimakriterien kategorisiert und danach Kredite zugeteilt werden ([Kooths 2022](#)). Die damit verbundene Bürokratie und staatliche Lenkung der Kapitalallokation wird den britischen Banken (und Unternehmen) erspart bleiben. Weitreichende [Reformen im Finanzmarkt](#) haben dem Finanzplatz London in Europa einen wichtigen Vorteil verschafft. Im Ergebnis hat der Export von Finanzdienstleistungen seit 2016 deutlich zugenommen, bis 2025 um 70 Prozent in die EU und um 80 Prozent in die Nicht-EU-Länder (Abb. 3). Letztere sind für den Finanzplatz London deutlich wichtiger.

**Abb. 3: Exporte von Finanzdienstleistungen nach Region**



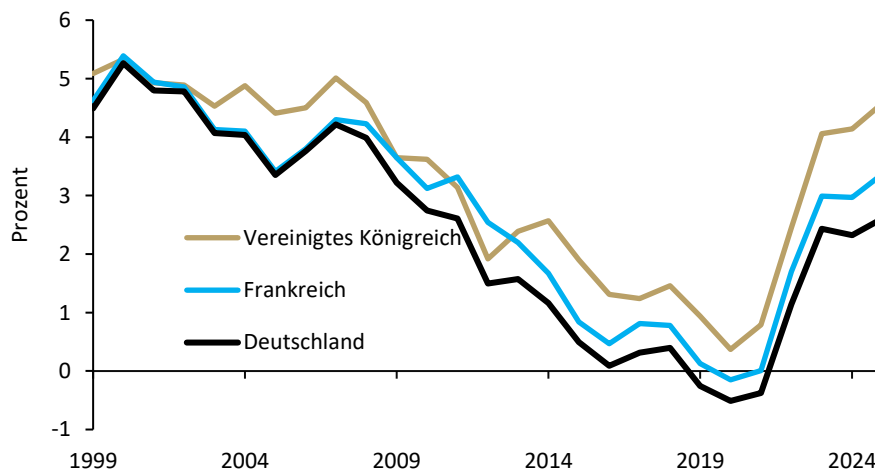
Quelle: UK, Office for National Statistics.



#### 4. Was hat die Autonomie gebracht?

Die Stimmung im Vereinigten Königreich ist vor allem wegen der anhaltend angespannten wirtschaftlichen Lage schlecht. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,37 Prozent seit 2016 liegt das Vereinigte Königreich zwar deutlich hinter Spanien (2,10 Prozent), aber vor Frankreich (1,20 Prozent), Italien (1,07 Prozent) und Deutschland (0,76 Prozent). Die durchschnittliche Inflationsrate ist in diesem Zeitraum mit 3,32 Prozent deutlich höher als in den anderen großen EU-Ländern. Bei der Arbeitslosenquote von aktuell rund 5,6 Prozent schneidet die Insel unter den fünf größten westeuropäischen Ländern nur schlechter als Deutschland (3,9 Prozent) ab. Das Vereinigte Königreich ist aus makroökonomischer Sicht also nach dem Brexit nicht klar schlechter dran.

Abb. 4: Zinsen auf 10jährige Staatsanleihen



Quelle: OECD.

Zwar ist die Staatsverschuldung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt mit 104 Prozent des Bruttoinlandsprodukts höher als in Deutschland (65 Prozent), aber deutlich niedriger als in Frankreich (118 Prozent) und Italien (138 Prozent). Allerdings schmerzt, dass das Vereinigte Königreich mit 4,86 Prozent einen deutlich höheren Zins auf seine Staatsanleihen als Frankreich (3,70 Prozent) und Italien (3,64 Prozent) zahlen muss (Abb. 4), weil es nicht von impliziten Garantien niedrig verschuldeter Euroländer profitieren kann. Doch schon vor dem Brexit war man kein Mitglied des Euroclubs – und ein Eurobeitritt stand ohnehin nie zur Diskussion.

Auch beim Wechselkurs gibt es keinen eindeutigen Trend. Zwar stürzte das britische Pfund mit der Brexit-Entscheidung um rund 10 Prozent gegenüber dem Euro ab (Abb. 5). Doch wurde dadurch nur eine vorherige starke Aufwertung revidiert. Seither notiert das Pfund gegenüber dem Euro überraschend stabil. Der große Absturz des Pfunds gegenüber dem Euro kam vielmehr mit der globalen Finanzkrise 2008, der den Finanzplatz London stark getroffen hat. Nimmt man also den



Wechselkurs als Fieberthermometer für den Gesundheitszustand des Vereinigten Königreichs, dann ist der Zustand weder besser noch schlechter im Vergleich zur EU.

**Abb. 5: Wechselkurs Euro pro britisches Pfund**



Quelle: Bank of England.

## 5. Was die Zukunft bringen kann

Die schlechte Stimmung heute kann also eigentlich nicht vorwiegend am Brexit liegen. Vielmehr hat das Vereinigte Königreich seit der Jahrtausendwende ähnliche wirtschaftspolitische Fehler wie andere große EU-Länder gemacht ([Müller und Schnabl 2019](#)): Zu stark steigende schuldenfinanzierte Staatsausgaben, wuchernde Regulierung und eine dauerhaft zu expansive Geldpolitik haben zusammen die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten geschwächt. Der Brexit kann also als Folge einer fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik gesehen werden, als Therapie dient er aber nicht.

Dass die Briten netto seit langem aus ihrem eigenen Land netto abwandern (Abb. 1), sollte ein wichtiger Hinweis auf ungelöste Probleme sein. Damit es besser wird, braucht es eine wirtschaftspolitische Kehrtwende wie unter Premierministerin Margaret Thatcher: Eine entschlossene Kürzung der Staatsausgaben, umfassende Deregulierung sowie eine stabilitätsorientiertere Geldpolitik. Nigel Farage hat sich Teile dieser Positionen zu eigen gemacht, doch einen umfassenden Einschnitt in den kostspieligen Sozial- und Gesundheitssektor will auch er nicht.

In der EU verhindern derzeit komplizierte supranationale Entscheidungsstrukturen weitreichende Deregulierungen. Eine drohende Vergemeinschaftung von Staatsverschuldung macht die Konsolidierung der Staatsfinanzen aus nationaler Sicht unattraktiv, weshalb die Europäische Zentralbank wohl auf Dauer die geldpolitischen



Zügel locker halten muss. Sofern in Europa die Staatsoberhäupter eines Tages den Willen und die Kraft zu Reformen finden sollten, könnte das Vereinigte Königreich mit der wiedergewonnenen Souveränität einen wichtigen Vorteil haben.

---

## Referenzen

Bloom, Nicholas / Bunn, Philip / Mizen, Paul / Smietanka, Pawel / Abrahams, Sasha 2025: The Economic Impact of the Brexit. *NBER Working Paper* 34459.

Kommer, Florian / Benford, Jake / Schmidt, Daniela 2026: 10 Years After the Brexit Referendum: What Public Opinion Reveals About EU–UK Relations. *Bertelsmannstiftung Europe* 22.6.2026.

Kooths, Stefan 2022: *EU Taxonomy: Mission Impossible*. *The Economists' Voice* 19, 2, 243–249.

Müller, Sebastian / Schnabl, Gunther 2019: The Brexit as a Forerunner: Monetary Policy, Economic Order and Divergence Forces in the European Union. *The Economists Voice* 16,1.

Office for National Statistics 2026: Long-term International Migration, Provisional: Year Ending June 2025. 27.11.2025.

Perri, Salvatore 2019: The Risks of Hard Brexit for the United Kingdom. *The Economists' Voice* 16, 1.

Vaubel, Roland 2019: Explaining Brexit: How the City of London Come to Be Regulated by the European Union. *The Economists' Voice* 16, 1.



## RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch SE dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch SE selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch SE. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch SE nicht gestattet.

**Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch SE**

© 2026 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

## IMPRESSUM

*Herausgeber* Flossbach von Storch SE, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, [research@fvsag.com](mailto:research@fvsag.com); *geschäftsführende Direktoren* Dr. Bert Flossbach, Dr. Tobias Hirsch, Dr. Tobias Schafföner, Christian Schlosser, Dr. Till Schmidt, Marcus Stollenwerk; *Vorsitzender des Verwaltungsrats* Kurt von Storch; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 120 796 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, [www.bafin.de](http://www.bafin.de); *Autoren* Dr. Sven Ebert & Prof. Dr. Gunther Schnabl; *Redaktionsschluss* 23. Juni 2026